



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Hannovers Ende und Herr Meding. 2.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Hannovers Ende und Herr Meding.

2.



ir lassen heute eine Auswahl dessen folgen, was in Medings „Memoiren zur Zeitgeschichte“ von Interesse erscheint, und begleiten die einzelnen Stücke hie und da mit einer kurzen parenthetischen Bemerkung. Für das Ganze aber sei nochmals daran erinnert, daß die Angaben des Verfassers mit Behutsamkeit gelesen werden müssen, da ein stark tendenziöser Zug durch das Buch geht. Am wenigsten gilt das verhältnißmäßig von dem, was über den Fürstentag von 1863 berichtet wird. Neu ist, uns wenigstens, hier folgende Stelle:

„So sonderbar und paradox es klingen mag, ist es dennoch wahr, daß die eigentliche erste Anregung zu jenem merkwürdigen politischen Unternehmen, welches auf einige Tage das alte Kaisergespenst in den Römersaal von Frankfurt heraufbeschwor, der bekannte, so hart politisch verfolgte und lange in Amerika fast verschollene Julius Fröbel [noch 1870 Redacteur der patriotisch gesinnten „Süddeutschen Presse“ in München, später deutscher Consul in Smyrna] gegeben hat. Dieser Mann, voll hochwallender nationaler Begeisterung, mit einem glühend phantastischen Geiste voll feurigen, edlen Ehrgeizes, ohne selbstfüchtiges Interesse, aber auch ohne jede Spur von Verständniß für praktische Realpolitik [er besaß in Wirklichkeit davon mehr als der, welcher ihn hier kritisiert, wenn er auch eine Zeit lang sich im großdeutschen Irrgarten verfahren hatte], in seinem ganzen Wesen revolutionär angelegt, hatte, wohl zuerst durch den Freiherrn May von Gager, in Wien sogar den sonst so vorsichtigen und trocken formellen, wenn auch immerlich heißblütigen und österreichisch hochmütigen Grafen Rechberg für die Idee zu erwärmen gewußt, durch Benutzung der großdeutsch liberalen Bewegung in Deutschland die Fürsten mit fortzureißen und in plötzlichem, kühnem

Grenzboten III. 1881.

28

Ansturm für das Haus Habsburg die alte Kaiserhoheit wieder zu gewinnen. Der Kaiser Franz Josef entflammte sich, seiner ganzen zu plötzlichen Aufwallungen geneigten Natur und den Traditionen seines Hauses gemäß, leicht für diese Idee, und sie wurde wie ein flimmerndes Brillantfeuerwerk in Scene gesetzt. Schon im Winter vorher hatte Fröbel eine Reise durch Deutschland gemacht, um die Stimmung für die in Wien immer mehr zu maßgebender Bedeutung aufsteigenden Ideen zu sondiren. Er hatte mich auch besucht und mir seine Gedanken über eine liberale großdeutsche Bundesreform sowie über die Nothwendigkeit einer schärfern Concentration des deutschen Bundesmechanismus nach der alten Kaiserinstitution entwickelt. . . Ich theilte meine Unterredung mit Fröbel dem Könige und dem Grafen Platen mit; dieselbe wurde indeß nur als ein bedenkliches, aber noch nicht augenblicklich gefährliches Symptom betrachtet" . . . Als der König Georg aber dann die Einladung zum Fürstentage erhielt, war er „in hohem Grade bestürzt, und seine Bestürzung wurde von dem Grafen Platen, den er sogleich zu sich rief, vollkommen getheilt“ — natürlich, da man ebensowenig den Habsburgern als den Hohenzollern etwas von seiner Welfenhoheit abzutreten geneigt war.

Anfang Juni 1862 verbreitete sich in Hannover das Gerücht, der Kurfürst von Hessen sei, erbittert darüber, daß der Bund und Oesterreich ihn in der Verfassungssache dem preußischen Drängen nach Remedur gegenüber im Stiche gelassen, entschlossen, sich ganz und gar in die Arme Preußens zu werfen und zunächst ein Ministerium im preußischen Sinne zu bilden. Die Sache war nicht unwahrscheinlich, und sie schien sicher, als die Zeitungen eine Ministerliste veröffentlichten, nach deren Namen der unbedingtste preußische Einfluß in Kassel hergestellt gewesen wäre. „Die Oppositionsblätter in Hannover triumphirten,“ erzählt Meding, „und es fehlte nicht an mehr oder weniger versteckten Hinweisen, daß eine ähnliche Pression gegen die stets behauptete ‚Mißregierung‘ in Hannover demnächst geübt werden müsse. Wenn ein solches Ministerium in Kassel wirklich eingesetzt wurde, und der Kurfürst in pessimistischer Resignation demselben freie Hand ließ, so wäre Hannover in bedenklicher Weise von preußischem Einfluß eingeengt gewesen und mußte, insbesondere auch in allen Verkehrsfragen, eine gefährliche Isolirung befürchten. . . . Am 18. Juni erfolgte ein preußisches Ultimatum in Kassel [durch Feldjäger], welches auf die Bildung eines neuen Ministeriums und Reactivirung der Verfassung von 1831 drängte, und man mußte jeden Augenblick die Verkündung der genannten Ministerliste erwarten. Da wurde ich am 19. zum Könige gerufen, der mir befahl, mich sogleich dem Grafen Platen zur Disposition zu stellen, um nach Kassel zu gehen und um jeden Preis die Einsetzung des in Aussicht genommenen Ministeriums zu verhindern. Der österreichische Gesandte in Kassel, Graf Karnitzki, war ebenfalls instruiert; ich nahm einen Brief an denselben vom Grafen Ingelheim, dem österreichischen Gesandten in Hannover, mit und reiste unverzüglich ab. Es

kam darauf an, den Kurfürsten zu überzeugen, daß bei der nun einmal vorhandnen Lage gegen den Bundesbeschluß nichts zu machen sei, daß aber die Ausführung desselben in conservativ feste Hände gelegt werden müsse, um nicht die innere Verfassungsangelegenheit zu einem unwiderstehlichen Hebel der gothaischen Politik zu machen, und ihn zugleich zu versichern, daß er in der weitem Entwicklung der Angelegenheit auf den Beistand der Bundesmächte rechnen könne. Zugleich galt es auch, auf Herrn v. Dehn-Rothfelsen aufmerksam zu machen, in dessen Händen nach allen, die ihn kannten, die Neugestaltung des hessischen Verfassungslebens am besten aufgehoben sein würde. Diese ganz geheime [auch Borries erfuhr nichts davon] und auch niemals bekannt gewordene Mission fand wie im Sturme statt, alles ging im Fluge, ohne alle Formalitäten vor sich, am nächsten Tage war ich schon wieder in Hannover, und am 21. Juni wurde das neue Ministerium [mit Dehn-Rothfelsen für Finanzen und Auswärtiges an der Spitze] officiell verkündigt. . . Dasselbe reactivirte dem Bundesbeschlusse gemäß die Verfassung von 1831, und der Kurfürst sendete, um die diplomatischen Beziehungen mit Preußen wieder anzuknüpfen und zugleich für den schlechten Empfang des Generals v. Willisen eine gewisse Genugthuung zu geben, den Generalleutenant v. Haynau und den Generalmajor v. Bardeleben nach Berlin.“

Meding fügt diesem Bericht, offenbar mit Behagen und mit Befriedigung über das Gelingen dieses Coups gegen sein Vaterland, hinzu: „Auf diese Weise war alles erreicht, was für uns von Interesse war. Der Bundesbeschluß war ausgeführt, Preußen hatte eine formell ehrenvolle Genugthuung erhalten, jede Möglichkeit eines Conflicts war ausgeschlossen, aber ebenso auch jede fernere Einmischung in die innern Angelegenheiten, und dem preußischen Einflusse, welcher Hannover von Süddeutschland hätte abschneiden können, war fester als je vorher die Thür in Kassel verschlossen. Die gesammte Oppositionspresse stand vor dieser ganz unerwarteten Wendung, das preußische Ministerium hatte statt des so sehnlich gewünschten Erfolgs eine entschiedne, wenn auch verhüllte Schlappe davon getragen und ging mit immer schnellern Schritten seinem Ende entgegen.“

Als König Georg 1865 zu Rorderney im Seebade war, schien sich Gelegenheit zu bieten, mit dem preußischen Hofe in ein näheres Verhältniß zu kommen, indem das Project einer Heirath zwischen dem Prinzen Albrecht und einer der beiden Töchter des Königs von Hannover zur Sprache gebracht wurde. Wir dürfen uns Glück wünschen, daß aus der Sache nichts wurde, da sie die Katastrophe von 1866 wahrscheinlich verhütet hätte und Preußen dann gespalten und unfertig geblieben wäre.

Meding erzählt darüber an verschiedenen Stellen folgendes: „Eines Tages arbeitete ich mit dem Könige in seinem Zimmer, nachdem zum Diner die preußischen Herrschaften anwesend gewesen waren. Der König sprach sich sehr lebhaft über die Liebenswürdigkeit und die ausgezeichneten Eigenschaften des

Prinzen Albrecht von Preußen aus und fügte dann hinzu: „Ich habe den Prinzen auch gebeten, auf der Rückreise von hier in der Marienburg vorzusprechen und die Königin zu besuchen.“ — Ich sprach meine Freude über die Anknüpfung so freundlicher Beziehungen aus und bemerkte dann, daß der Besuch des Prinzen in der Marienburg mir doppelt erfreulich erscheine, weil sich dort vielleicht noch neue Anknüpfungen bilden könnten, die für Preußen wie für Hannover gleich bedeutungsvoll sein müßten. — „Was meinen Sie?“ fragte der König. — Ich erwiderte, daß, wenn ein so liebenswürdiger und ausgezeichnete junger Prinz und zwei ebenso liebenswürdige und schöne Prinzessinnen sich begegneten, es mir nicht ausgeschlossen schiene, daß zwischen dem hohenzollernschen und dem welfischen Hause sich abermals eine jener Verbindungen knüpfen könnte, von welchen die Geschichte so ruhmvolle Beispiele aufweise. — Der König sagte, daß er daran nicht gedacht habe, doch schien mir sein Ton und seine Miene zu beweisen, daß ihm meine Bemerkung durchaus nicht mißfallen habe.

Prinz Albrecht reiste ab. Nach einiger Zeit traf ein Brief der Königin ein, in welchem sie von dem Besuche des Prinzen auf der Marienburg sprach; sie rühmte ebenfalls in den wärmsten Ausdrücken dessen Liebenswürdigkeit und erzählte, daß sie und die Prinzessinnen mit ihm viel musieirt hätten, und daß die Tage seines Aufenthalts dort ungemein angenehm gewesen seien. Da der König gerade nach dem vorausgegangenen Gespräche mir diesen Brief mittheilte, so glaubte ich darin um so mehr eine Billigung meiner frühern Andeutungen zu sehen und unterließ nicht, dieselben zu wiederholen. Abermals nahm der König meine Bemerkung in einer Weise auf, welche ich in einer so delicatesen Gelegenheit nur für eine ganz entschiedne Zustimmung halten konnte.

Kurze Zeit nach der Rückkehr nach Hannover bat ich den Hofrath Schneider [den bekannnten Vorleser des Königs Wilhelm], dort vorzusprechen, und theilte ihm den eben erzählten Vorgang mit. Ich machte ihn, der eine hohe Verehrung für den König Georg hegte [er verehrte alles, was gründlich absolutistisch dachte, z. B. auch den Kaiser Nikolaus], darauf aufmerksam, wie hochwichtig in den damaligen sich immer kritischer gestaltenden Zeiten eine Familienverbindung zwischen dem preußischen und dem hannoverschen Hause sein müsse, und wie durch die mit einer solchen Verbindung unerläßliche, so lange erwünschte und erstrebte [durch Intrigen gegen die preußische Politik erstrebte?] Annäherung der beiden Höfe alle Mißverständnisse [es waren keineswegs bloß Mißverständnisse] die leichteste und freundlichste Aufklärung und Erledigung finden könnten. Schneider begriff dies vollkommen, war über meine Mittheilung hoch erfreut und übernahm es seinerseits [es konnte einen hannoverschen Orden abwerfen], in der allvorsichtigsten Weise die Sache in Berlin anzuregen und die maßgebende Stimmung in Betreff derselben zu sondiren. Nach einiger Zeit schon konnte er mir mittheilen, daß die gemachten Andeutungen die herzlichste und freudigste Aufnahme gefunden hatten.“

Als dann Graf Platen 1866 auf eine Aufforderung Preußens nach Berlin reiste, um den seit einiger Zeit ins Auge gefaßten Neutralitätsvertrag Hannovers mit Preußen abzuschließen — ein Vertrag, der nicht zu Stande kam, weil König Georg es nicht mit Oesterreich verderben und den Gang der Ereignisse abwarten wollte, um je nach deren Gestaltung sich für die eine oder die andre Partei zu entscheiden —, fuhr eines Tags Graf Bismarck bei demselben vor und erklärte, daß er vom Könige beauftragt sei, den Wunsch einer Verbindung des Prinzen Albrecht Sohn von Preußen mit der Prinzessin Friederike von Hannover auszusprechen.

„Graf Platen,“ erzählt unsre Schrift weiter, „der die Eigenthümlichkeiten des hannoverschen Hofes und insbesondre die unberechenbaren Anschauungen der Königin in solchen Fragen kannte [und als österreichisch gesinnt an der Sache keinen Gefallen fand], erschrak über diese so plötzlich in officieller Form an ihn herantretende [vielleicht eine Sondirung nach anderer Seite hin bedeutende] Frage. Er erwiderte, daß er in der angeregten Verbindung ein Glück für beide königliche Häuser erblicke, und daß die in Frage stehenden hohen fürstlichen Personen auch nach seiner Ueberzeugung besonders für einander passend seien. Er hätte jedoch, da er über einen so delicaten Punkt sich zu äußern keine Vollmacht habe, den Grafen Bismarck, dessen Frage nicht als eine officielle Aeußerung betrachten zu dürfen, sondern die Sache so aufzufassen, daß sie beide über diese vortreffliche Idee einig seien und so jeder an seinem Theile zur Ausführung derselben wirken wolle. Trotzdem aber war es nun unvermeidlich, daß das fürstliche Heirathsproject an die hannoversche Königsfamilie, wenn auch nicht in absolut officieller Form, so doch als Gegenstand politischer Natur herantrat. Dasselbe fand, von dieser Seite betrachtet, denn auch bei der Königin, deren Einfluß in Familienangelegenheiten bei dem Könige stets maßgebend war, den allerhärtesten Widerstand. Ihre Majestät erklärte, daß ihre Tochter noch zu jung sei, und daß dieselbe nicht der Politik geopfert werden solle. Der König, ungemein, ja fast sensitiv empfindlich für alle Trübungen des Familienfriedens, zögerte mit der Entscheidung, um Zeit zu gewinnen, seine Gemahlin für die ihm durchaus willkommene und sympathische Idee zu gewinnen. [Verschiebung der Wahrheit, Verschweigung der Hauptmotive. Der König zögerte hierbei vor allem aus demselben Grunde wie bei dem Abschlusse des Neutralitätsvertrages, er wollte abwarten und sich je nach dem Ausgange des herausziehenden Kampfes entscheiden.] Er glaubte dies vielleicht umsomehr thun zu können, als das Project auch jetzt nur in Form einer vertraulichen Anfrage an ihn gelangt war. Indesß ist einem großen Fürstenhause gegenüber in einer daselbe so unmittelbar in delicatester Weise berührenden Angelegenheit jede Zögerung immer eine Verletzung, und sie mußte in Berlin umsomehr als eine solche empfunden werden, als man dort ja die Sache bereits zu einem formellen Antrage für reif gehalten hatte.“ Als der König daher endlich durch den Grafen Platen erwidern ließ, daß er „in der

projectirten Verbindung eine freudige und ehrenvolle Befestigung der alten Verwandtschaftsbande der königlichen Häuser von Hannover und Preußen erblicke, daß er aber niemals einen zwingenden Einfluß auf die Wahl seiner Tochter auszuüben entschlossen sei, und daß er daher wünsche, den beiden jungen fürstlichen Personen Zeit zu näherer Bekanntschaft mit einander und zur Prüfung ihrer Gefühle zu lassen," mußte der Berliner Hof hierin eine bloße Ausflucht und einen Versuch, aus politischen Motiven Aufschub zu erlangen, erblicken. Der König erschien mit seinem Zaudern, wie man zu sagen pflegt, als unsicherer Cantonist, er hatte die Prüfung auf seine Gesinnung nicht bestanden, er verrieth deutlich Hintergedanken. Dies war um so weniger zu verkennen, als, wie sein Panegyrist selbst berichtet, „die unmittelbar nach der Rückkehr des Grafen Platen durch den Prinzen Hsenburg [den preußischen Gesandten in Hannover] aufgenommenen Verhandlungen über den Abschluß des Neutralitätsvertrages wieder verzögernden Hinhaltungen begegneten, indem Graf Platen dem Prinzen unter Wiederholung der principmäßigen Bereitwilligkeit in der lebenswürdigsten Weise erklärte, daß die Sache ja durchaus nicht so große Eile habe und in den formellen Punkten der reiflichsten Erwägung bedürfe.“

Daß der König von Hannover dem Abschluß des Neutralitätsvertrags fortwährend auswich, dankte Preußen und danken jetzt wir mit etwas ironischer Miene zum Theil der Londoner Politik, welche Preußen und Deutschland niemals aufrichtig wohl gewollt hat. Die englische Diplomatie entwickelte damals eine sehr lebhaft gegen Preußen gerichtete Thätigkeit. „Mehrfach," erzählt Meding, „theilte mir der König mit, daß Lord Clarendon in persönlich an Se. Majestät gerichteten Briefen ihn zum entschiedenen Anschlusse an Oesterreich zu bewegen suche, und Sir Charles Wyke [der britische Gesandte an Georgs Hofe] wiederholte unausgesetzt die dringendsten Vorstellungen in demselben Sinne. Die Mahnungen des Lord Clarendon und des Sir Charles Wyke gaben dem Grafen Platen einen Grund mehr, immer weiter den Abschluß eines Vertrags zu verzögern, der außer dem deutschen Bunde und Oesterreich auch noch die Hannover am nächsten stehende europäische Großmacht verletzen mußte.“

Besonders interessant, wenn durchgehends wahr, ist das, was Meding, wie er angiebt, nach Mittheilungen des Ministers Drouyn de l'Huys über die Stellung berichtet, die Frankreich zu dem Streite zwischen Preußen und Oesterreich einnahm. Napoleon wollte den Krieg zwischen diesen beiden Mächten. Der Vertrag von Gastein verstimmt ihn. Sehr gern sah man es daher in Paris, als neue Differenzen zwischen Berlin und Wien auftauchten, und mit Eifer that man sein Möglichstes, um den Conflict der Meinungen bis zur Entscheidung durch die Waffen zu treiben. Hierbei fand aber wieder das Doppelspiel statt, von dem Napoleon nicht lassen konnte. Er machte durch seinen Minister des Auswärtigen officielle Politik und war daneben persönlich in der entgegengesetzten Richtung thätig, bereit, im gegebenen Augenblicke den Minister bei Seite zu schieben und

das von ihm selbst im Stillen vorbereitete aller Welt sichtbar werden zu lassen. Diesmal wendete sich die officielle Politik Oesterreich zu, welches sich ebenso wie Preußen für den bevorstehenden Kampf die Neutralität Frankreichs zu sichern strebte. Der Kaiser, welcher die italienischen Verschwörer fürchtete, die ihn an sein Wort: „Frei bis zur Adria“ erinnerten, und der außerdem die italienische Actionspartei von Rom abwenden wollte, indem er sie anderswo befriedigte, bezeichnete bei den Verhandlungen mit Oesterreich Venetien als den Preis seiner Neutralität. In Wien gab es damals auch in der unmittelbaren Umgebung des Kaisers Stimmen, welche dazu riefen, die italienischen Provinzen als eine Quelle steter Beunruhigung der deutschen Stellung des Kaiserstaates zu opfern, aber der österreichische Stolz zögerte mit dieser Concession, bis es zu spät war. Erst am 12. Juni 1866 wurde in Wien zwischen dem Herzog von Gramont und dem Grafen Mensdorff eine geheime Convention abgeschlossen, in welcher sich Frankreich für den Fall eines Krieges zwischen Oesterreich und Preußen verpflichtete, vollständig neutral zu bleiben und Italien zu gleichem Verhalten zu veranlassen. Oesterreich dagegen machte sich anheischig, für den Fall, daß es über Preußen siege, bei Abschluß des Friedens Venetien an Frankreich abzutreten, und andererseits für den Fall, daß Italien nicht neutral bleibe und Oesterreich gegenüber unterliege, nichts am status quo in der Lombardei zu ändern. Endlich stipulirte der Vertrag noch, daß, falls der Ausgang des Krieges die Stellung der deutschen Mächte unter einander verändern sollte, Oesterreich zu jeder territorialen Veränderung, welche das europäische Gleichgewicht afficiren könne, die Zustimmung Frankreichs nachzusuchen habe. Dieser Vertrag giebt den Schlüssel zu den sonst fast unerklärlichen Vorgängen nach der Schlacht bei Königgrätz. Das Opfer Venetiens war schon ins Auge gefaßt, allerdings nur für den Fall eines Sieges der Oesterreicher in Deutschland, aber es war natürlich, wenn es nach der so unerwarteten schweren Niederlage zur Rettung angeboten wurde. Die Bestimmung aber, daß Oesterreich keine durch den Ausgang des Krieges bedingte territoriale Veränderung in Deutschland ohne die Einwilligung Frankreichs annehmen durfte, erlaubte, wenigstens dem Wiener Cabinet gegenüber, die Einmischung Napoleons in die Friedensverhandlungen. Endlich kam der Kaiser Napoleon durch den Vertrag in die Lage, sich die Italiener durch ein Geschenk günstig zu stimmen. Einige andre Bedingungen des Uebereinkommens, die Meding später, im zweiten Bande, mittheilt, können wir übergehen.

Dies also war das erst unmittelbar vor Ausbruch des Krieges erreichte Ergebniß der langen Verhandlungen zwischen dem österreichischen und dem französischen Minister des Auswärtigen. Die Vortheile waren dabei alle auf Seiten Frankreichs, und Oesterreich erscheint dadurch umso mehr düpirt, wenn man in Betracht zieht, was inzwischen nach preussischer Seite hin vorgegangen war. Bis-
 mark mußte sich vor dem Eintritt in einen gewaltigen Kampf, der über die ganze Zukunft Preußens entscheiden sollte, möglichste Sicherheit des Erfolges

verschaffen, und dazu gehörte ein Bündniß mit Italien, da man wußte, daß die Mehrzahl der deutschen Bundesstaaten bestimmt auf die Seite Oesterreichs treten würde, und zweitens die Neutralität Frankreichs. Preußen und Italien hatten bis dahin nicht besonders gut mit einander gestanden. Den ersten italienischen Einheitsbestrebungen war man in Berlin sehr wenig freundlich gegenübergetreten, und lange hatte man dort mit der Anerkennung des Königreichs Italien gezögert. Die Anbahnung eines preußisch-italienischen Bündnisses war infolge dessen schwierig. Was Paris betrifft, so fand der preußische Ministerpräsident bei dem dortigen Gesandten des Königs Wilhelm, Graf v. d. Goltz, entweder nicht das volle Verständniß oder nicht die genügende Unterstützung seiner Absichten. Die Kaiserin Eugenie, als Ultramontane stets ein Gegnerin Preußens und eine eifrige Freundin Oesterreichs, übte durch den Zauber ihrer Persönlichkeit entscheidenden Einfluß auf diesen Diplomaten, und so ließ sich auf diesem Wege keine Verständigung erreichen. Bismarck ging somit im November 1865 selbst nach Frankreich, wo er in Biarritz seine Ideen mit denen Napoleons austauschte. Er gewann dabei vom Kaiser das mündliche Versprechen „wohlwollender Neutralität.“ Daß letzterer dabei Hintergedanken hatte, an Compensationen auf dem linken Rheinufer oder in Belgien dachte u. s. w., ist sicher. Der preußische Ministerpräsident aber vermied gewandt jede eingehende Erörterung und wich der Klippe aus, sich zu engagiren. Napoleon dagegen hoffte auf eine Niederlage Preußens, dem er dann gegen Entgelt Hilfe zu gewähren dachte.

„Dies alles ging,“ sagt Meding, „neben und ohne den damaligen französischen Minister des Auswärtigen her, welcher fortwährend den Krieg in Deutschland vermeiden oder, wenn derselbe nicht mehr zurückzuhalten sein sollte, wenigstens das Gewicht des französischen Einflusses entschieden für Oesterreich geltend machen wollte. Drouyn de L'Hayns sprach sich noch später mir gegenüber in dieser Beziehung sehr klar und bestimmt aus. Das alte Frankreich, sagte er, habe überall, in Deutschland, in Italien und in den Niederlanden dem Hause Habsburg sich gegenüber befunden, und es sei deshalb die Aufgabe der bourbonischen Politik gewesen, seine Macht zu brechen und seinem Einflusse Hindernisse zu bereiten. Dies sei jetzt nicht mehr der Fall, überall, wo früher der Einfluß des habsburgischen Kaiserthums Frankreich entgegengetreten sei, stände demselben jetzt Preußen gegenüber. Preußen strebe nach der politischen und militärischen Einigung Deutschlands, und deshalb sei es für das napoleonische Frankreich geboten, überall gegen Preußen für Deutschland einzutreten. Die Politik des Ministers Drouyn de L'Hayns ging daher zu jener Zeit vollständig getrennt neben der des Kaisers her. . . . Im auswärtigen Ministerium zu Paris galt damals die Absicht, welche den Grafen Bismarck nach Biarritz geführt hatte, als im wesentlichen gescheitert. Thatsächlich indeß war sie gelungen, und unmittelbar darauf begannen die Verhandlungen mit Italien, infolge deren sich bald darauf der General Govone nach Berlin begab, um dort in aller Stille die Verabredung über die militärischen

Operationen gegen Oesterreich zu treffen. . . . Endlich, im Februar 1866, erklärte der Kaiser an Drouyn de L'Huys die Bedingungen, welche er für die Möglichkeiten der künftigen Entscheidung festgehalten wissen wollte. Dieselben waren die folgenden: Für den Fall, daß der Krieg zwischen Oesterreich und Preußen einen für letzteres siegreichen Ausgang nehmen sollte, genehmigt Frankreich die Annexion der Herzogthümer Schleswig und Holstein an Preußen unter der Bedingung der Zurückgabe der nördlichen Districte von Schleswig an Dänemark. Frankreich gestattet die territoriale Vereinigung der beiden Hälften der preussischen Monarchie durch die Erwerbung einzelner Theile von Hannover und Kurhessen. Hannover soll für diese Gebietsabtretung entschädigt werden und dafür ein Territorialäquivalent in Lauenburg und Holstein erhalten [?]. Frankreich genehmigt den preussischen Oberbefehl über das neunte und zehnte Armee-corp [die Bundescontingente von Sachsen, Kurhessen, Nassau und Luxemburg und die von Hannover, Holstein, Mecklenburg, Oldenburg und den drei Hansestädten], um im Norden von Deutschland den preussischen Einfluß einheitlich herzustellen. Preußen dagegen wird sich einem ähnlichen Arrangement, welches zwischen Oesterreich und den süddeutschen Staaten getroffen werden könnte, nicht widersetzen. In dem Falle, daß der Krieg einen für Preußen ungünstigen Ausgang nehmen sollte, verpflichtet sich der Kaiser, jede Schwächung Preußens zu verbieten und den status quo vor dem Kriege aufrecht zu erhalten.“

Von Compensationen für Frankreich war in diesen Bedingungen — die übrigens in Berlin nicht mitgetheilt wurden und über die nicht verhandelt wurde, die vielmehr nur als Instruction des Kaisers für seinen Minister formulirt worden waren — nicht die Rede; diese gedachte Napoleon erst zu fordern, wenn die beiden deutschen Großmächte durch den Krieg geschwächt sein würden.

„Nach der Schlacht bei Königgrätz,“ berichtet Meding weiter, „trat Napoleon nicht in der Weise, wie man es in Wien erwartet, für Oesterreich ein. Der Herzog von Gramont mochte hier in gutem Glauben [er war eben ein wenig scharfsinniger und ziemlich ungeschickter Diplomat, und Napoleon ging, wie wir sahen, seine eignen Wege neben seinen Botschaftern und Ministern] Erwartungen erweckt haben, die sich nun nicht erfüllten. Er wünschte persönlich eine energische Intervention Frankreichs und that alles, um seine Regierung zu einer solchen zu bestimmen, glaubte auch, daß sie stattfinden werde, da Drouyn de L'Huys ganz derselben Ansicht war. Als die Friedensbedingungen, welche Preußen aufstellen würde, in ihren großen Umrissen in Paris bekannt wurden, beantragte Drouyn de L'Huys energischen Einspruch unter Aufstellung eines Beobachtungs- und Demonstrationscorps am Rhein. Im ersten Augenblicke zeigte sich der Kaiser auch dazu geneigt, dann aber begann er zu zögern. Er hatte mehrere seiner Marschälle befragt, und die französische Armee schien nach deren Urtheil nicht in der Verfassung, um mit Zuversicht auf Erfolg eine Interventionspolitik zu unterstützen, welche zu einem gewaltigen Nationalkampfe führen konnte. Denn bereits wurden

in ganz Deutschland Stimmen laut, welche zu einer rücksichtslosen Zurückweisung jeder französischen Einmischung mahnten. Drouyn de l'Évy erwiederte zwar auf diese militärischen Einwendungen, daß in dem damaligen Augenblicke ein Corporal mit der französischen Fahne am Rhein genügen würde, um Frankreich die Rolle des Schiedsrichters zu sichern. Denn auch nur die Andeutung einer militärischen Demonstration am Rhein würde Preußen, das mit einer erschütterten Armee in weit vorgeschobener und trotz des Sieges gefährdeter Position stünde, in eine äußerst kritische Lage bringen und dazu zwingen, einen erheblichen Theil seiner Streitkräfte aus Oesterreich zurückzuziehen. Allein Drouyn de l'Évy — ich zeichne dies alles nach den mir später von jenem Staatsmanne selbst gemachten Mittheilungen auf — konnte den Kaiser Napoleon nicht zu dem von ihm als nothwendig erkannten und dringend befürworteten Entschlusse bringen. Napoleon versuchte seinem Charakter entsprechend sich durch möglichst unthätige Zurückhaltung aus der Verlegenheit zu ziehen. Er scheute einen Kampf mit Deutschland, das er genauer als irgend jemand in Deutschland kannte, aufs äußerste, und wenn ihm sein Minister vorher sagte, daß er diesem Kampfe, wenn er jetzt unthätig bliebe, später doch nicht werde ausweichen können und denselben dann unter ungünstigern Verhältnissen werde aufnehmen müssen, so glaubte der Kaiser einer zukünftigen Gefahr durch die Reorganisation seiner Armee, die er dem Marschall Niel übertrug, begegnen zu können.“

Der König Georg hatte bisher alle Verhandlungen mit Preußen hartnäckig von der Hand gewiesen. Jetzt, als die Friedensverhandlungen in Nikolsburg begonnen hatten, schickte er seinen Flügeladjutanten v. Heimbruch mit einem Briefe an den König Wilhelm. „In jenem Briefe, dessen Abschrift ich nicht mehr besitze, dessen Inhalt mir aber vollkommen erinnerlich ist,“ erzählt Meding, „war ausgesprochen, daß der König Georg, nachdem der Wille der Vorsehung den König von Preußen zum Sieger in Deutschland gemacht habe, denselben bitte, ihm die Bedingungen mitzutheilen, unter welchen der Friede geschlossen und ein den frühern geschichtlichen und verwandtschaftlichen Beziehungen entsprechendes Verhältniß wieder hergestellt werden könne. Der König erklärte sich bereit, die Opfer zu bringen, welche die für ihn so ungünstig gewendeten Ereignisse nothwendig machen würden. Der Brief war nicht in officiellem, sondern in persönlich freundschaftlichem Tone gehalten. Der König redete den König von Preußen mit ‚Lieber Wilhelm‘ und ‚Du‘ an, er beklagte die frühern Mißverständnisse, und in der ganzen Fassung lag der ernste Wunsch nach Verständigung. [Das glauben wir gern, aber der König wußte nicht, was die Glocke geschlagen hatte, begriff nicht, daß er keine Macht mehr war, mit der man verhandelt, merkte nicht, daß er in der Luft stand.] Er setzte voraus, daß Preußen Gebietsabtretungen, namentlich im Süden Hannovers zur Verbindung der beiden Hälften der preußischen Monarchie fordern würde. Er war zu diesen entschlossen und wünschte nur vor allem für Hannover die Küste zu

erhalten, um dessen maritime Bedeutung nicht zu schwächen. [Ergögliche Naivetät!] Indes war in jenem Briefe, wie ich mich bestimmt erinnere, unter Voraussetzung solcher Abtretungen [noch viel ergöglicher] die unbeschränkte Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Königreichs Hannover besonders betont, und nach dem Charakter des Königs glaube ich annehmen zu dürfen, daß er eine Einschränkung der Souveränität, namentlich der Militärhoheit, kaum jemals angenommen haben würde.“

v. Heimbruch nahm zugleich ein Schreiben Platens an Bismarck mit, das ungefähr dasselbe wie der Brief des Königs sagte und ebenfalls mehr in persönlich vertraulichem als in diplomatisch offiellem Tone redete. Es verstand sich von selbst, daß beide Briefe ohne Erfolg blieben. „Graf Bismarck empfing Herrn v. Heimbruch sehr artig, las das Schreiben des Grafen Platen und versprach, seinem königlichen Herrn Mittheilung zu machen. Am Abend desselben Tages aber erklärte er Heimbruch, daß Se. Majestät der König von Preußen nicht in der Lage sei, das von dem Oberstleutnant überbrachte Schreiben entgegenzunehmen.“

Sehr amüsant und sehr lehrreich ist endlich der Vortrag, in welchem Meding seinem erlauchten Gönner auseinandersetzt, was nun zu thun sei, besonders Punkt vier dieses politischen Sermons. „So hoch dem Könige sein legitimes Recht stand, so bestimmend dasselbe auch für uns, seine Diener und eventuell auch für die Cabinette Europas sein mußte, so sagte ich ihm doch, daß das legitime Recht allein in unsern Tagen kein bewegender Factor der Politik mehr sei, wie es dies zu den Zeiten der Kämpfe gegen Napoleon den Ersten gewesen. Ich erklärte es deshalb für nothwendig, daß der König sich und seine Sache mit einer großen, die Zeit bewegenden Idee verbinde, so daß sein Name gewissermaßen zur Fahne für diese Idee und ihre Anhänger werde. Nach meiner Ueberzeugung mußte diese Idee die demokratische sein, welche sich damals [der Verfasser denkt an die Couleur May, Mayer und Frese] zu den föderalistischen Principien der nationalen Einigung Deutschlands bekannte. Es lag in der Natur der Dinge, daß für die nächste Zeit Preußen sich einer straffen militärischen Concentration zuwenden mußte, um mit dictatorischer Gewalt die erworbenen Gebietstheile festzuhalten und den Widerstand in denselben zu brechen. [Das lag keineswegs in der Natur der Dinge und ist auch in der That nicht eingetreten. Der Widerstand war sehr matt und zahm, und die „Dictatur,“ wenn wir überhaupt von einer solchen reden dürfen, nichts weniger als gewaltthätig.] Der liberale Parlamentarismus, so viel Spielraum man ihm auch an einzelnen Theilen der Gesetzgebung einräumen mochte, konnte die damals unmittelbaren Aufgaben Preußens nicht lösen, und es schien mir daher nothwendig [daher, welche Logik!], daß der König, um alle zu der Politik Preußens in Gegensatz tretenden Elemente um sich zu sammeln und deren geistige Führung in seine Hand zu nehmen, der Demokratie sich zuwende und mit deren Führern in Ber-

bindung trete. . . Die Monarchie beruht auf dem Willen und Befehle der Macht, welche die Völker regiert. Sie ist also für meine Auffassung ein heiliges, unanfechtbares und über jeder Discussion stehendes Recht; niemals aber wird man leugnen können, daß auch ein großer Theil der Forderungen der Demokratie unbestreitbare Berechtigung habe, und daß die Zurückweisung solcher Forderungen die allmähliche Zerfetzung und den endlichen Zusammenbruch der Staaten zur unabwendbaren Folge haben müsse. . . Die Monarchie wird erst dann zum wahren Heile der Völker dienen können, wenn auf ihrem unerschütterlich festen Rechtsboden die Saat einer reinen und edlen Demokratie Wurzel faßt und Früchte für die wahren Bedürfnisse des Volkes trägt. Der reine Demokrat ist durchaus nicht an die republikanische Form gebunden; er wird derselben vielleicht den Vorzug geben, wenn er die Wahl hat, sich gewiß aber auch mit wahrer Hingebung und mit offenem Vertrauen derjenigen Monarchie zuwenden, welche gefunden demokratischen Ideen Spielraum gewährt. Diese Ideen sind sehr verschieden von denen des doctrinären Liberalismus, und der erste Schritt zu ihrer gefunden naturgemäßen Entwicklung und Durchführung ist die unbedingte Freiheit des Wahlrechts. Das beschränkte Wahlrecht, wie es der moderne Constitutionalismus erfunden hat, ist eine schlimmere Fessel für die wahre Freiheit des eigentlichen Volkes als selbst das absoluteste Regiment. Eine aus beschränktem Wahlrechte hervorgehende Volksvertretung fördert nur Ansichten der sogenannten Gebildeten zu Tage und vertritt Interessen der Besitzenden im allgemeinen oder einzelner Klassen insbesondre; in ihr lebt stets die Opposition gegen jede Regierung, da sie selbst sich an deren Stelle setzen möchte [waren denn die Demokraten bescheiden und fromm im Denken?] und den Beweis des Geistes und der freien Selbstständigkeit nur in der negirenden Kritik zu finden versteht. Eine Volksvertretung dagegen, welche auf dem völlig unbeschränkten Wahlrechte beruht, wird, wenn nur die allgemeine freie und volle Theilnahme an der Ausübung des Wahlrechts gesichert ist, niemals engherzige Ansichten, niemals Klasseninteressen, sondern stets die wahren Bedürfnisse des Volkes zum Ausdruck bringen. Sie wird mit scharfem Verständnisse es erkennen, wenn die Regierung selbst auch ihrerseits, wie es ihr Pflicht und Klugheit gebietet, jene wahren Volksinteressen zur Durchführung zu bringen bestrebt ist, und wird fern von jeder systematischen, auf Eitelkeit und doctrinärer Einseitigkeit gegründeten Opposition der Regierung in solchem Bestreben fördernd entgegenkommen. . . Die Geschichte aller wahrhaft großen Monarchen, welche ihre Völker zu wirklichem Fortschritt geführt und mächtig in die Schicksale der Nationen eingegriffen haben, beweist die Richtigkeit dieser Sätze. Sie alle waren mehr oder weniger die Träger und Vorkämpfer der demokratischen Ideen ihrer Zeit, und je mehr sie es waren, um so leichter, sicherer und unbeschränkter führten sie ihre Herrschaft. Auch der König erkannte diesen Gedanken, welchen ich ihm ausführlich entwickelte, vollkommen an. Graf Platen freilich erschrak vor demselben, ohne ihn jedoch zurückzuweisen; er erkannte

wohl die Macht an, welche die Sache des Königs in einer Verbindung der Demokratie gewinnen müsse, nur fürchtete er den Eindruck, den eine solche Verbindung bei den Regierungen machen möchte“ u. s. w. u. s. w.

Wir können dazu nur sagen: Unklarste Fäselei mit Unwahrhaftigkeit gemischt, in einem Stile, der diesem Inhalte entspricht. Der Name des Königs Georg, des Absolutisten vom reinsten Wasser, sollte zur Fahne der demokratischen Idee werden! Nun, bei Gott ist kein Ding unmöglich. Der Verfasser aber erwartet wohl kaum, daß Leute von Urtheil glauben, er habe seine Werthschätzung der Demokratie im Ernste gemeint und an Flechtung eines ewigen Bundes zwischen ihr und der Monarchie geglaubt. Wir wenigstens zweifeln daran und selbst daran, daß diese Rede dem Könige überhaupt gehalten worden. Sie scheint uns vielmehr erst nachträglich zu gewissen Zwecken verfaßt zu sein.



Die Entwicklung der Feudalität und das deutsche Kriegswesen im frühen Mittelalter.

Von Max Jähns.

(Schluß.)



naufhörliches Kriegsgetimmel erfüllte das Jahrzehnt der Regierung Kaiser Ottos II. (973—983); mühsam erhielt er die Schöpfung seines großen Vaters aufrecht. Aber seinem Nachfolger, Otto III., entglitten über phantastischen Plänen die Zügel des Weltreiches, und als er, fast noch ein Jüngling, angeichts der von ihm so schwärmerisch geliebten Siebenhügelstadt, im Jahre 1002 die Augen schloß, da war die Lage Deutschlands um so schwieriger, als eben damals die Reiche der Dänen, Polen und Ungarn sich energisch consolidirten und die Ostseewenden den Gipfel ihrer Macht erstiegen. Der letzte König aus dem sächsischen Hause, Kaiser Heinrich II. (1002—1024), vermochte trotz all seiner Zähigkeit und Klugheit den Reichsbestand doch nur unvollkommen zu wahren. Alles Land östlich von der Elbe ging verloren, in Italien faßten die Normannen Fuß, und was das schlimmste war, die unaufhörlichen Empörungen in Deutschland selbst, welche nicht mehr wie früher nur von mächtigen Herzogen, sondern sogar von vereinzelt Grafen und Herren gewagt wurden, lehrten, wie schwach die Königsmacht, wie selbstbewußt und trotzig des Reiches ehemalige Beamtenschaft geworden war.

Daß es dem ersten Herrscher aus dem salischen Hause, König Conrad II. (1024—1039), gelang, der Verschwörungen, die sich gleich in den ersten Jahren